افغانستان آزاد ـ آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مبـــاد بدین بوم و بر زنده یک تن مــباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages	زبانهای اروپائی

Von Frederic Schnatterer
12.07.2020
AGGRESSION GEGEN VENEZUELA

Brüssel mischt sich ein

EU-Parlament fordert in Resolution mehr Sanktionen gegen Venezuela. Kritik an Interventionismus

REUTERS/Ivan Alvarado/File Photo

Einer der von der EU bereits Sanktionierten: Der Vorsitzende der Constituyente, Diosdado Cabello (Caracas, 12.9.2019)

Die EU verschärft ihre Regime-Change-Bemühungen in Venezuela. Am Freitag verabschiedete das EU-Parlament in Brüssel eine Resolution, in der ein härteres Vorgehen gegen die Regierung des demokratisch gewählten Präsidenten Nicolás Maduro gefordert wird. Den Vorwand liefert dieses Mal die Coronapandemie, angesichts der man »besorgt« über die Lage in Venezuela sei. Zudem habe sich die »Migrationskrise« in Südamerika noch weiter verschärft.

Nun sollen weitere Strafmaßnahmen her. So wird in der Resolution gefordert, die EU müsse die Sanktionen gegen Unterstützer der Regierung Venezuelas verstärken und auf weitere Personen ausweiten. Schon jetzt sanktioniert Brüssel eine ganze Reihe von Einzelpersonen, deren Vermögen eingefroren wurden und denen keine Visa ausgestellt werden, sowie venezolanische Unternehmen – immer mit dem Argument, diese hätten keinerlei negative Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung.

Das allerdings entspricht nicht der Wahrheit, wie erst kürzlich der Fall des in der Bank of England eingelagerten venezolanischen Goldes zeigte. Unter Verweis darauf, dass Großbritannien nicht Maduro, sondern den Oppositionspolitiker Juan Guaidó als »legitimen Präsidenten« Venezuelas anerkenne, entschied der High Court in London am 2. Juli, letzterem stehe das Vermögen zu. Die venezolanische Regierung hatte zuvor die Auszahlung beantragt, um so die Anstrengungen gegen die Pandemie zu finanzieren. Die am Freitag beschlossene Resolution bekräftigte nun die Unterstützung der EU für Guaidó. So werde dieser weiterhin als »Interimspräsident« Venezuelas akzeptiert.

In einem offenen Brief forderten indes soziale Bewegungen, Parteien und Einzelpersonen aus Europa den EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am Donnerstag dazu auf, sich vom »interventionistischen Kurs« der Resolution zu distanzieren. Vielmehr müsse es darum gehen, die »Bereitschaft zum offenen Dialog mit der Regierung der Bolivarischen Republik Venezuela aufrechtzuerhalten« und die »institutionellen Entscheidungen des venezolanischen Staates im Rahmen der Gesetze uneingeschränkt zu respektieren«.

Junge Welt 11.07.2020